

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Stz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgebühren) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 A.
für Verfammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Zur 21. Generalversammlung unseres Zentralverbandes.

Am 2. Juni tritt in Hamburg die 21. Generalversammlung unseres Zentralverbandes zusammen. Die vorausgegangenen Generalversammlungen tagten:

Tagungsjahr	Tagungsort	Tagungsjahr	Tagungsort
1. 1883	Berlin	11. 1895	Stettin
2. 1884	Berlin	12. 1897	Halberstadt
3. 1885	Magdeburg	13. 1899	Berlin
4. 1886	Breslau	14. 1901	Nürnberg
5. 1887	Lübeck	15. 1903	Berlin
6. 1888	Hannover	16. 1905	Dresden
7. 1889	Weimar	17. 1907	Essen
8. 1890	Frankfurt a. M.	18. 1909	Stuttgart
9. 1891	Halle a. d. S.	19. 1911	Leipzig
10. 1893	Bremen	20. 1913	Berlin

Ferner haben drei außerordentliche Generalversammlungen in Berlin stattgefunden, zwei im Jahre 1910 und eine im Jahre 1913. Wäre der Weltkrieg nicht gekommen, dann hätte die 21. Generalversammlung im Jahre 1915 stattgefunden. Damals war es aber, wie in der betreffenden Entschließung der Zentralinstanzen ausgeführt wird, einer ganzen Reihe von Zahlstellen infolge des verhängten Belagerungszustandes nicht möglich, Versammlungen abhalten zu können; im Südwesten und im Osten Deutschlands waren Zahlstellen gänzlich auseinander gesprengt, sie konnten sich erst wieder sammeln nach Eintritt einigermaßen gesicherter Verhältnisse. Schließlich konnten aber auch die vielen zum Militär eingezogenen Mitglieder nicht ohne weiteres ausgeschaltet werden; ein schreiendes Unrecht würde es gewesen sein, wenn diesen Kameraden keine Gelegenheit gegeben würde, daß auch sie nach Beendigung des Krieges ihr Wort über die fernere Gestaltung unseres Verbandes mit in die Wagschale werfen könnten. Verbandsauschuss und Zentralvorstand glaubten daher, daß sie nur im Interesse des Verbandes handelten, wenn vorläufig von einer Einberufung der Generalversammlung Abstand genommen würde. Seien wir erst am Ende des Krieges angelangt, dann werde natürlich in kürzester Frist die Generalversammlung ausgeschrieben werden. — Wer hätte damals ahnen können, daß erst am Schlusse des Jahres 1918 die Vorbedingungen der 21. Generalversammlung einigermaßen erfüllt waren?

Welche Kurven hat nun das Organisationsleben seit dem Jahre 1913 umschrieben? Im gleichen Jahre war ein Reichstarrifvertrag für das Baugewerbe zustande gekommen, der die mißlichen Verhältnisse zwischen Unternehmer und Arbeiter mehr verschleierte als regelte. Kampfstimmung beherrschte auch die Gewerkschaftspolitik der Regierungen, das stärkte ja gerade die ablehnende Haltung der Arbeitgeberverbände gegenüber den Gewerkschaften! Mit dieser überaus zugespitzten Situation befaßte sich der Gewerkschaftskongress im Jahre 1914, er bereitete Abwehrmaßnahmen vor. Diese Situation änderte sich jedoch total mit Ausbruch des Krieges. Die von der Regierung geplanten scharfen gesetzgeberischen und gerichtlichen Maßnahmen gegen die Gewerkschaften unterblieben. Aber nunmehr stand das Gewerkschaftsleben unter der Diktatur der stellvertretenden Generalkommandos, die mit Ausbruch des Krieges automatisch Herren der Situation geworden waren. Größere Veranstaltungen und planvolle gewerkschaftliche Aktionen waren einfach ausgeschlossen, sie stießen allerwärts auf unberechenbare Möglichkeiten, die von den allgewaltigen stellvertretenden Generalkommandos ausgingen. Außerst vorsichtig mußte das Organisationsleben zwischen diesen Schwierigkeiten hindurchslavieren. Das war um so mühevoller, weil die Gewerkschaften ihrem Wesen nach Friedensorganisationen sind, ihre Einrichtungen Friedenszwecken angepaßt waren. Es standen weder eigene Kriegserfahrungen zur Verfügung

noch Erfahrungen ausländischer Gewerkschaften; ohne entsprechende Erfahrungen traten wir in die Kriegsergebnisse ein.

Das allgemeine Hineinfinden in die gegebene Situation wurde wesentlich erschwert durch vorgefaßte Meinungen über die Kriegswirkungen. So vor allem die Meinung, daß ein Krieg zwischen den modernen Großstaaten nur einige Wochen, höchstens Monate dauern könne; daß allgemeine Arbeitslosigkeit und der völlige Zusammenbruch der Löhne unausbleiblich seien. In weiten Mitgliederkreisen bewirkten diese vorgefaßten Meinungen ein recht fühlbares Nachlassen der Gewerkschaftsenergie, was um so folgenschwerer zu werden drohte, weil gleich zu Kriegsbeginn recht viele Organisationsfunktionäre aus ihrer Organisationsstätigkeit herausgerissen und ins Kriegsheer eingereiht wurden. In fast allen Zahlstellenleitungen entstanden Lücken, teils wurden sie völlig gesprengt. Beitragsammler und Kolporteurs wurden in großer Zahl zu Kriegsdiensten eingezogen. Nur mit Mühe konnten die entstandenen Lücken gefüllt und die verbliebenen Verbandsmitglieder gesammelt und zum Festhalten an der Organisation bewogen werden. Immerhin gelang es verhältnismäßig rasch, die Aufregung zu bannen und den Zusammenhalt herzustellen.

Die vorgefaßten Meinungen über die Kriegswirkungen ermöglichten es vor allem den Arbeitgeberverbänden, sich eine Art arbeiterfreundliche Note auszustellen. Sie traten für die Innehaltung der tariflichen und ortsüblichen Arbeitsbedingungen ein, angeblich, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten, tatsächlich, um die sofort ins Steigen geratenen Preise ungeteilt einfach zu können. Der „Zimmerer“ zählt zu den ersten Gewerkschaftsblättern, die auf einen Umschwung der vorgefaßten und irrigen Meinungen hinwirkten. Er wurde dafür in den Unternehmerorganen verschrien, daß er den Burgfrieden gefährde.

Allmählich setzte die organisierte Interessenvertretung wieder ein, gefördert und unterstützt von den Funktionären unseres Zentralverbandes. Anfang Juli 1915 war die Angelegenheit soweit gediehen, daß die Zentralvorstände der am Tarifvertrag beteiligten Arbeitervverbände des Baugewerbes an den Vorstand des Arbeitgeberbundes herantraten, um „eine gegenseitige Aussprache darüber zu halten, wie die Notlage der Bauarbeiter, hervorgerufen durch die gewaltige Teuerung, behoben oder mindestens gemildert werden kann“. Der Arbeitgeberbund lehnte in einem langen Schreiben (es ist abgedruckt im „Zimmerer“ Nr. 32, Seite 224, Jahrgang 1915) nicht bloß ab, sondern wie zum Hohne verwies er darauf, daß sich die Notlage mildern lasse durch Leistung von Mehrarbeit über das übliche Maß hinaus, insbesondere durch Uebernahme von Akkordarbeit. Er verbot hingegen seinen Unterverbänden, Forderungen auf Teuerungszulagen zu bewilligen.

Natürlich war diese geradezu niederträchtige Haltung des Arbeitgeberbundes diktiert von der Tatsache, daß eine Streikaktion um diese Zeit nicht bloß mit großen Schwierigkeiten verknüpft, sondern geradezu ausgeschlossen war. Es war dazu auch nirgends Neigung vorhanden. Vielfach handelte es sich um reklamierte Kameraden oder um solche, die ihre Einberufung zum Heere zu gewärtigen hatten, und infolge von Streiks ließen Einberufungen nicht lange auf sich warten.

Die eigenartige Machtposition des Arbeitgeberbundes verführte diesen zu einer merkwürdigen Stellungnahme zum Vertragsablauf im Frühjahr 1916. In einem mit der Ueberschrift „Der Tarifablauf im Baugewerbe“ in der „Arbeitgeberzeitung“ erschienenen Artikel (ab-

gedruckt im „Zimmerer“ Nr. 49, Seite 329, Jahrgang 1915) wird den baugewerblichen Gewerkschaften quasi geraten, die Tarifverträge im Baugewerbe nicht zu kündigen, da Kampfmaßnahmen keinerlei Aussicht auf Erfolg hätten. Vielmehr könnten sie es als Erfolg buchen, wenn es ihnen gelänge, die Löhne auf der bisherigen Höhe zu halten, obwohl in dieser Zeit den Arbeitgebern nichts leichter wäre, als die Löhne wesentlich herabzumindern.

Es mag dahingestellt bleiben, wie die Verhältnisse sich weiter entwickelt hätten, wenn sie den beiderseitigen Parteien allein zu regeln überlassen geblieben wären. Es legte sich nun aber die Reichsregierung ins Mittel, um wieder einen Tarifvertrag zustande zu bringen. Sie konnte sich aber auch nicht entschließen, für ein annehmbares Angebot an die Arbeiter einzutreten. Die Verhandlungen scheiterten zunächst. Der Arbeitgeberbund versuchte nun, mit einer Teuerungszulage von 4 bis 6 % pro Stunde in eine tariflose Zeit einzutreten. Damit befriedigte er aber niemanden. Unsere Kameraden erklärten sich allerwärts mit der Haltung ihrer Vertreter bei den Verhandlungen einverstanden und lehnten den Abschluß eines neuen Tarifvertrages um jeden Preis einfach ab, waren aber damit einverstanden, daß eventuell in neue zentrale Verhandlungen eingetreten würde. Am 4. Mai 1916 kam dann eine annehmbare Vereinbarung zustande, die 7 bis 11 % pro Stunde Teuerungszulage brachte. Unsere Konferenzen, die sich mit dem Resultat beschäftigten, stimmten zu.

Die Arbeitslosigkeit betrug im Mai 1916 1,27 pSt. gegen 2,73 pSt. in Friedenszeiten; sie spielte schon seit Juli 1915 keine große Rolle mehr. Das Angebot von Zimmerern blieb immer weit hinter der Nachfrage zurück, bis zum Kriegsende. Bauerlaubnis für Privatbauten wurde nicht mehr erteilt. Ende des Jahres 1916 kam das Hilfsdienstgesetz. Heute wird man sagen müssen: das „berüchtigte“ Hilfsdienstgesetz! So ist es aber keineswegs von vornherein aufgefaßt worden. Wohl stand manch einer dem Gesetz von vornherein skeptisch gegenüber; auch Schreiber dieses gehört zu jenen Leuten, er hat nie ein Wort zugunsten jenes Gesetzes geschrieben. Allein man verbarrikadiert sich jede Einsicht in die Entwicklung der Verhältnisse, wenn man die heutige Auffassung über das Hilfsdienstgesetz bereits an seinen Anfang setzt. In ihrer Rundgebung zum Hilfsdienstgesetz schrieb die Generalkommission:

Das Gesetz hat durch Einführung der Arbeitspflicht den festen Boden für die Organisation der Arbeit im Dienste der Nation geschaffen. . . . Der Hilfsdienst verlangt weitgehende Opfer von allen, nicht zum wenigsten auch Verzicht auf wichtige Rechte. Dem freien Arbeitsvertrag, der Freizügigkeit, sind Schranken gesetzt. Das neue Gesetz bringt aber nicht bloß Pflichten für die Arbeiterschaft, sondern es ist durch die tatkräftige Mitarbeit des Reichstages gelungen, die Rechte der Arbeiter und Angestellten in Formen, die für die Interessenvertretung während des Krieges ausreichend sind, sicherzustellen. . . . In dem Existenzkampf, den Deutschland um sein Bestehen und um seine Zukunft führt, hat sich die Wahrheit glänzend durchgerungen, daß die Arbeiterklasse der bedeutendste Teil des Volksganges ist und ohne deren Opfer Sinn der geregelte Aufbau der Kriegswirtschaft nicht möglich wäre, der für die Selbstbehauptung unseres Volks in diesem Kriege von entscheidender Bedeutung ist. . . .

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß diese Ausführungen von dem Pflichtgefühl eingegeben sind, das Vaterland zu verteidigen. Sie bekommen erhöhte Bedeutung, da zu gleicher Zeit von Deutschland ein Friedensangebot an seine Feinde gerichtet war, das bekanntlich abgelehnt worden ist. Dieses Pflichtgefühl herrschte aber nicht bloß in der Generalkommission, sondern man kann sagen, fast allgemein. Voran ging die von dem Genossen Haase im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August 1914

im Reichstag abgegebene Erklärung: „Jetzt stehen wir vor der ehrenen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecken feindlicher Invasion . . . Es gilt diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich . . .“ Schreibt doch auch ein bekannter radikaler Genosse, Max Adler in Wien, in seiner Broschüre „Prinzip oder Romantik“: „Denn dies ist ja das historisch Merkwürdige dieses Krieges, was ihm sein äußeres bestechendes Gepräge gibt, daß dieser Völkerring zugleich ein Volkskrieg ist oder doch zu sein scheint, und zwar auf jeder Seite der im Kampf stehenden Staaten . . . Überall stehen alle politischen Parteien in gleicher Einigkeit auf der Seite ihres Staates und dadurch auf der Seite des Krieges, den sie durchhalten wollen bis zu einem erfolgreichen Frieden . . . Wenn man die Geschichte begreifen will, noch mehr, wenn man aus ihr lernen will, nützt es nichts, sich vor Tatsachen zu flüchten. Und eine solche Tatsache ist es, daß in diesem heutigen Kriege auch das sozialdemokratische Proletariat überall zu den Trägern des Krieges gehört, gewiß nicht aus eigenem Antrieb und Beschluß, aber nun, nachdem es in die Zwangslage des ausgebrochenen Krieges geraten war, doch überall mit großer innerer Anteilnahme. Ja, dies ist bis zu dem Grade wahr, daß diese merkwürdige und die bürgerliche Welt im höchsten Grad überraschende Erscheinung diesem Weltkrieg eigentlich erst die Energie und Bedeutung eines Volkskrieges gegeben hat . . .“ Anders ist ja auch das lange, zähe Durchhalten in dem schrecklichen Kriege und das fortgesetzte Hungern hinter der Front gar nicht zu erklären. Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß es lange Zeit hindurch riskant war, selbst in privaten Arbeiterkreisen die Meinung zu äußern: Es komme gar nicht darauf an, wie der Krieg beendet werde, wenn er nur überhaupt möglichst bald zu Ende komme.

Wenn aber die Generalkommission darauf hinwies, daß es gelungen sei, die Rechte der Arbeiter und Angeestellten in Formen, die für die Interessenvertretung während des Krieges ausreichend seien, sicherzustellen, so ist ihr der gute Glaube nicht abzuspochen. Es hatte ein viel schlechterer Gesekentwurf vorgelegen, er war unter Führung der Gewerkschaftsvertreter vom Reichstage umgestaltet worden. Die Interessenvertretung der Arbeiter, die bis dahin von den Launen der stellvertretenden Generalkommandos abgehängt hatte, war im Hilfsdienstgesetz gewährleistet, auch das Vereins- und Versammlungsrecht, das bis dahin in weiten Gebieten Deutschlands auf Grund des Belagerungszustandes unterdrückt war. Tatsächlich wurde nach Erlaß des Hilfsdienstgesetzes die Interessenvertretung der Arbeiter auch lebhafter, als sie es bis dahin gewesen war. Die Vereinbarung für das Baugewerbe von 1916 lief bis zum 31. März 1918. Bereits am 27. April 1917 kam eine neue Vereinbarung zustande, wonach eine weitere Teuerungszulage von 15 % pro Stunde gezahlt wurde. Im gleichen Jahre kam dann, allerdings unter bereits größerem Widerstande seitens der Arbeitgeberverbände, nochmals eine Vereinbarung zustande, wonach die Teuerungszulage vom 10. Dezember ab um 10 % und vom 1. April 1918 ab um weitere 5 % pro Stunde erhöht wurde.

Das Hilfsdienstgesetz war der Regierung abgerungen, keineswegs von ihr in der Form, wie es zustandekommen, freiwillig gegeben. Die darin vorgeschriebene Interessenvertretung der Arbeiter war aber den Unternehmern ein Dorn im Auge. Beide Faktoren arbeiteten nun an der Auslegung und Handhabung des Hilfsdienstgesetzes, die das Interesse der Arbeiter daran ertöteten. Die Arbeiter empfanden das Gesetz nur mehr als eine arge Fessel. Die Erhöhung der Lohnneinkommen der Arbeiter bewegte sich im Postkutschentempo, die Erhöhung der Preise für Lebensmittel und alle Bedarfsartikel sowie die Erhöhung der Kriegsgewinne der Unternehmer und Kapitalisten bewegten sich aber im D-Zug-Tempo. Jede Teuerungszulage löste in den Kreisen unserer Kameraden zunächst Befriedigung aus, aber nach kurzer Zeit standen Lohnneinkommen und Lebenskosten wieder in argem Mißverhältnis. Hinzu kam das Streben der Arbeitgeberverbände, jede Erhöhung des Tariflohnes im einzelnen unmöglich zu machen, wobei sie die wirksame Unterstützung der Kriegesämter suchten und auch fanden. Zur Begründung der Forderung einer weiteren Teuerungszulage im Sommer 1918 verfaßte unser Zentralvorstand eine Denkschrift und reichte sie bei der Regierung ein, worin diese tatsächlichen Verhältnisse geschildert wurden. Am Schlusse dieser Denkschrift wird ausgeführt:

„Daß der Tarifvertrag in weiten Kreisen der Bauarbeiter eine Fessel, ja, als ein Fluch empfunden wird, ist schon bei den vorangegangenen zentralen Verhandlungen von seiten der Arbeitervertreter ausgeführt worden. Allein, wo man

gewahrt wird, daß der Tarifvertrag diese Eigenschaft erst durch seine Verbindung mit dem Hilfsdienstgesetz und seiner Handhabung durch die Organe desselben erhält, da macht sich die Auffassung immer schärfer bemerkbar, daß bei dieser Handhabung nicht so sehr Kriegsnotwendigkeiten maßgebend seien, sondern Rücksicht auf die Interessen der Kriegsgewinnler. Zu welchen praktischen Ergebnissen solche Auffassung führt, auszudeuten, können wir unterlassen, da die Schlussfolgerungen ohnehin klar auf der Hand liegen.“

Am 1. September 1918 kam nochmals eine Vereinbarung zustande, wonach in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 1. Januar 1919 die Teuerungszulagen in zwei Staffeln um 15 bis 29 % pro Stunde erhöht wurden. Unsere Gaukonferenzen stimmten zu. Allein das Hilfsdienstgesetz und der starre Tarifvertrag, ja, der ganze Krieg, waren inzwischen verdientermaßen für die Arbeiterwelt ein einziger Komplex des Ekels geworden!

Leider hat dieses Kriegsergebnis zunächst den Bruderkrieg in der Arbeiterwelt zeitig, der auch auf unsern Zentralverband überzugreifen droht. Wie weit er Boden gefaßt hat, wird sich auf der Generalversammlung zeigen müssen. Es wäre freilich aufs tiefste zu bedauern, wenn der Bruderkrieg auch in unsern Reihen weitere Kreise zieht. Der Weltkrieg ist vorbei, ein nach unserer Auffassung zutreffendes abschließendes Urteil über ihn, lag vor, nachdem er kaum begonnen hatte. Max Adler führt in seiner bereits erwähnten Broschüre aus:

„Man hört so oft, daß dieser Krieg das Absonderliche und Peinigende an sich habe, daß niemand bündig zu sagen vermöchte, um was er eigentlich geführt wird. Jede Macht will doch nur die Uebergriffe der andern abgewehrt haben, so daß alle zusammen sich zerfleischen — aus Desinteresse. Der Grund dieser allerdings höchst sonderbaren Erscheinung liegt darin, daß das eigentliche Ziel des Krieges sich überall dem klaren Bewußtsein der Völker entziehen muß kraft der verschleiern Wirkung der Ideologie, von der wir anfangs sprachen (die vermeintliche Interessengemeinschaft, innerhalb jeder nach Vorherrschaft strebenden Nation). So kommt es, daß selbst im Proletariat es erst nur wenigen klar geworden ist, wie der Gedanke der Nation nur der imperialistische Ausdruck ist für die gesteigerte Handels- und Industriemacht bloß eines Teiles der Nation, der herrschenden Klassen, für ihre Oberherrschaft auf dem Weltmarkt, also für ihren Weltprofit. Wer soll Herr der Erde sein? Das heißt: Wem soll die kapitalistische Welt fronden, wem soll aller Zins und Profit ausfließen? — Für die Entscheidung dieser Frage ist jetzt die Welt in Brand geraten. Sie mußte zur Schicksalsfrage unserer Zeit werden, weil diese ihr Wirtschaftsleben noch in keine andere als kapitalistische Formen bringen können. Für sie müssen jetzt die Völker der Kulturwelt all das Leid und die Zerstörung des Krieges auf sich nehmen. Gewiß ist es nur ein Stück der notwendigen ökonomischen Entwicklung, wie sie durch die immanenten Tendenzen des Kapitalismus vorgezeichnet ist, die sich nun vollzieht.“

Damals wurde blutig gerungen, jetzt ist ausgerungen. Die herrschenden Klassen Deutschlands haben das Spiel verloren, die herrschenden Klassen der Entente haben es gewonnen. Sie sind drauf und dran, sich die unterlegenen Völker dauernd fronspflichtig zu machen. Wehe uns, wenn wir uns diese Tatsache durch den Bruderkrieg in den eigenen Reihen verschleiern lassen! Die herrschenden Klassen Deutschlands haben sich während des Krieges so benommen, wie es von ihnen kaum anders zu erwarten war. Sie haben den Krieg nicht als ihre Schicksalsfrage aufgefaßt, sondern als eine günstige Konjunktur, große Profite zu machen, ihr Kapital zu mehren. Das Junkertum schrie unausgesetzt nach „Anreizpreisen“ und die Regierung sorgte dafür, daß sie ihm gewährt wurden. Der Handel kannte in der Steigerung der Preise keine Grenzen. Das industrielle Unternehmertum unterhielt ein Heer von Federfuchsern, die über die Begehrlichkeit der Arbeiter und gegen die „Phantasielöhne“ schreiben mußten, und die Regierung benutzte diese Hanswurstdiener gegen die Arbeiter. Inzwischen häufte das industrielle Unternehmertum die Kriegsgewinne zu Bergen. Die herrschenden Klassen Deutschlands haben den moralischen Anspruch auf ihre bisherige Herrschaftsstellung verwirkt. Allein die Moral ist kein ausschlaggebender politischer Faktor. Wenn im übrigen die Verhältnisse günstig sind, greifen dieselben Klassen wieder zur politischen Macht, unter Umständen mit Unterstützung der herrschenden Klassen der Entente. Der Bruderkrieg in der Arbeiterbewegung ist solchem Streben außerordentlich günstig. Das sollten wir nicht übersehen. Es ist den ehemaligen herrschenden Klassen aber unmöglich, jemals wieder zur politischen Macht zu gelangen, wenn die Arbeiterbewegung einig und geschlossen auftritt. Darum sollten allerwärts, wo sich klassenbewußte Arbeiter versammeln, diese das Gelöbnis ablegen und bekräftigen, den Bruderkrieg in den eigenen Reihen zu beenden und mit aller Energie für Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung zu wirken. Auch auf unserer bevorstehenden Generalversammlung!

Sieht man die aus den Zahlstellen an die Generalversammlung gestellten Anträge durch, so findet man recht viele, die nicht von dem in vorstehenden entwickelten Standpunkte ausgehen, sondern sich bewußt

oder unbewußt gegen ihn richten. Teils würden die Anträge, wenn sie zum Beschluß erhoben würden, unsern Zentralverband vernichten, ihn jedenfalls jeder Festigkeit entkleiden und ihn zum Spielball wandelnder Stimmungen machen. Nun würde es freilich zu weit führen, diese Anträge hier alle zu registrieren und auf ihre Konsequenzen hin zu erörtern; wir müßten das der Generalversammlung selbst überlassen. Nur einen Antrag halten wir uns verpflichtet herauszugreifen, der drastisch zeigt, wie weit an manchen Orten der Bruderkampf in unsern Reihen eingedrungen ist, und daß er dazu führt, alles sozialistische Empfinden abzutöten. Denn man kämpft dort nicht mehr um Meinungen, sondern gegen Personen und schreckt nicht davor zurück, vermeintliche Meinungsgegner ehrlos zu machen. Wir meinen den Antrag:

„Der gesamte Hauptvorstand ist neu zu wählen mit der Bedingung, daß keiner von den bisherigen Vorstandsmitgliedern wieder gewählt wird.“

Nehmen wir den Antrag so, wie er gemeint ist, rein persönlich, und fragen wir uns, wie er sich zu den sozialistischen Grundsätzen verhält. In der Propaganda für den Sozialismus wurde bisher immer betont: Der Sozialismus ist ein Wirtschaftssystem, dessen Eigenart darin besteht, daß in ihm alle wirtschaftlichen Vorgänge dem obersten Zwecke, die Wohlfahrt aller Menschen zu fördern, untergeordnet sind. Statt der vermöglichen Welt des Kapitalismus, in der die Menschheit verkommt, bedeutet der Sozialismus eine Welt vollkommener Bedürfnisbefriedigung, günstiger Kraftverwertung, höchsten Arbeitsertrages bei relativ geringster Arbeitsleistung, oder kurz: Vermehrung, Verbesserung und Verbilligung der Produktion; eine Welt, wo kein Hunger bekannt ist, keine quälende Sorge; wo man weiß, daß die Kinder alle gut ernährt, versorgt und erzogen werden und weder Greise noch Invaliden zu darben brauchen; wo man mit Sicherheit weiß, daß man keine Angst für die Zukunft zu haben braucht. — Für die Anerkennung und Durchführung dieser Grundsätze haben die Mitglieder unseres Hauptvorstandes erfolgreich gewirkt. Sie sind bereits 29 Jahre, 26 Jahre, 24 Jahre, 20 Jahre usw. auf ihren Posten. In Anbetracht ihrer erfolgreichen Tätigkeit sind sie von jeder Generalversammlung anstandslos wiedergewählt. Wie in der Produktion die aufgewendete Arbeitskraft im hergestellten Produkt wieder erscheint, so erscheint auch die aufgewendete Lebenskraft unserer Vorstandsmitglieder im Fortschreiten und Gelingen, in den Erfolgen unseres Zentralverbandes wieder. Bis auf einen mehr oder minder kleinen Rest ist die Lebenskraft der Mehrzahl der Hauptvorstandsmitglieder im Verbandeleben verbraucht. Da fordert nun der erwähnte Antrag, die Generalversammlung solle die Hauptvorstandsmitglieder auf die Straße jagen wie mißliebig gewordene Hunde. Und die Antragsteller erheben gewiß Anspruch darauf, als besonders radikale Sozialisten zu gelten. Befinden wir uns mit solchen Anträgen nicht bereits auf stark abschüssigen Bahnen? Wer sozialistisch empfindet, wird nicht wünschen können, daß sich auch die Generalversammlung auf diese Bahnen begibt.

Weit wichtiger als die Vergangenheit ist aber die Zukunft, und diese sieht außerordentlich trübe aus. Wenn in den Berichten über den baugewerblichen Arbeitsmarkt darauf hingewiesen wird, daß die Bautätigkeit sehr gering sei, während andererseits der große Mangel an Wohnungen in den Städten und auf dem Lande gebieterisch die Errichtung von Wohnungsbauten verlangt, so liegt das daran, daß wir uns noch immer im Kriegszustande befinden. Erst nach Friedensschluß kann der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erfolgen. Die Friedensbedingungen, die von der Entente diktiert werden, sind jedoch ungemein hart, sie drohen den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens schwer zu belasten. Sie rechtfertigen vor allem den Optimismus nicht, der in vielen Anträgen zum Ausdruck kommt. Wer von der Auffassung ausgegangen ist, daß die Erwerbslosen-, Kranken- und Sterbeunterstützung Aufgaben des Staates seien, wird heute schon einsehen müssen, daß die Unterstützungsmöglichkeiten durch den Staat nur recht beschränkt sind, so daß befürchtet wird, daß die bisherigen sozialpolitischen Einrichtungen nicht einmal aufrechterhalten werden können. Die finanziellen Leistungen, welche die Entente von Deutschland verlangt, sind so schwer, daß sie kaum Mittel für die Kriegsbeschädigten übrig lassen. Deutschland soll zur Sicherung für die harten Friedensbedingungen der schärfsten finanziellen und wirtschaftlichen Kontrolle und Einwirkung einer ständigen Kommission der feindlichen Mächte unterworfen werden, die selbständig über unsere Steuern und andern Einnahmen und über deren Verwendung für ihre Zwecke bestimmen kann. Daß solche Maßnahmen auch für das Gewerkschaftsleben bestimmend werden, liegt klar auf der Hand. Unsere Generalversammlung wird kaum umhin können, bei ihren Beschlußfassungen diese Tatsachen mit in Rechnung zu ziehen.

